



**POLIZEI**

**PERSONALVERTRETUNG  
ZENTRALAUSSCHUSS FÜR DIE BEDIENSTETEN DES  
ÖFFENTLICHEN SICHERHEITSWESENS**

**BEIM  
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES**

1010 Wien, Herrengasse 7, Telefon 01/53126-3452

**BERICHT ÜBER DIE ZENTRALAUSSCHUSSSITZUNG  
vom 20. und 21.04.2016**

(Inhalte auszugsweise und unter Wahrung des Datenschutzes)

**Personalmaßnahmen**

**VERSETZUNGEN**

Es wurden bundesweit 12 Versetzungen beschlossen

**PLANSTELLENBESETZUNGEN**

Es wurden bundesweit 29 Planstellenbesetzungen beschlossen

**Anträge und Antragsbeantwortungen**

**Anträge**

**Dienststellenausschuss Exekutive beim BVT**

**Antrag auf bedarfsorientierte Umgestaltung des Einsatztrainings für die Exekutivbediensteten des BVT**

**Fachausschuss Wien**

**Antrag auf Abänderung der Polizeiuniformvorschrift für den See- und Stromdienst Wien – Forderung nach Ausstattung mit einem zusätzlichen flammhemmenden Overall und der Möglichkeit des Bezuges eines 2. Paar Einsatzstiefels**

**Antrag auf Zulassung von 150 Teilnehmern zum GAL E2a 2016/2017**

**Fachausschuss Niederösterreich**

**Antrag auf Verhandlungen mit dem BM.I betreffend Dienstsistemumstellung beim SPK Schwechat – Bereich Referat III, Fachbereich 1**

**Antrag auf Zuerkennung einer Zulage für Gefahrenstoffkundige Organe analog SKO**



#### **Fachausschuss Burgenland**

**Antrag auf Zsystemisierung von 3 E2a-Planstellen in den EB-Mitarbeiterpool als Ausgleich für die Neuschaffung des Hauptsachgebietes „Vermögenssicherung“, da die Planstellen dafür aus dem EB-Mitarbeiterpool umgeschichtet wurden**

#### **Fachausschuss Oberösterreich**

**Antrag auf Integrierung von Schutzwesten in das Massa-Produktsortiment**

**Antrag auf Ankauf von neuen Sturmgewehren zur Ausstattung der EE OÖ**

**Antrag auf Rücknahme der vom BM.I verfügbaren Personalreduktion im Dienst-hundewesen OÖ**

**Antrag betreffend Schwierigkeiten mit der Funkbedienung beim Dienst-KFZ der Marke Seat, Type Leon**

**Antrag auf Genehmigung der langen Glock-Trageplatte für den exekutiven Außendienst**

**Antrag auf Ankauf von mobilen, elektronischen Kreditkartenlesegeräten/ Bankomatkassen für die LVA/API in OÖ**

**Antrag auf Verrechnung der Gefahrenzulage bei der Fahrt mit Dienst-Kfz in Uniform und Bewaffnung zu und von den Einsatzorten bei Überstundendiensten (z.B. EE-Einsatz, Transitquartiere, etc.)**

**Antrag auf Klärung der DiMa-Konformität der Dienstanweisung der LPD OÖ vom 03.03.2016, Zahl: P4/19189/16 betreffend zu planender Dienste**

#### **Fachausschuss Salzburg**

**Antrag auf Verlängerung der Vorlagefrist für Bewerbungen zu SIAK-Ausschreibungen**

#### **Fachausschuss Kärnten**

**Antrag auf Verbesserung von Ausrüstungssorten – Forderung nach einer tauglichen Funktionsunterwäsche**

#### **FCG und FSG im Zentralausschuss jeweils**

**Antrag auf umgehende Rücknahme der vom BM.I verlautbarten Richtlinie für die Aufgaben und Vollziehung des Projektes „GEMEINSAM SICHER“, das derzeit in den Bezirken Mödling, Schärding, Eisenstadt und Graz Stadt als Probetrieb geführt wird. Die Anliegen aus diesem Projekt sind bereits heute umfassend auf den Polizei-inspektionen etabliert und es bedarf somit keines neuerlichen Projektes, in dem Fragen der Nominierung von Sicherheitsbürgern, die genaue Aufgabenverteilung sowie die entstehende Mehrbelastung für die operativen Polizeikräfte nicht geklärt sind.**

#### **FSG im Zentralausschuss**

**Antrag auf Änderung der Länge der Damenbluse, da diese zu kurz geschnitten sind und deshalb leicht aus der Hose bzw. dem Rock rutschen.**



---

**Antwortschreiben**

**BMI: Antwortschreiben zum Antrag des Dienststellenausschuss Exekutive und Sicherheitsverwaltung beim .BK betreffend ESS-Zeitwirtschaft – Protokollierung von Zugriffen**

Es werden im IT-Verfahren PM-SAP entsprechend den Bestimmungen des § 14 Abs. 4 und 5 DSGVO 2000 die lesenden und schreibenden Zugriffe protokolliert. Somit ist die Forderung nach Protokollierung der lesenden Zugriffe erfüllt. Für die Einhaltung der Dienstzeit ist laut DRR der jeweilige Vorgesetzte verantwortlich, welcher jedoch Aufgaben im Zusammenhang mit der elektronischen Zeiterfassung an geeignete Bedienstete delegieren kann. Die Entscheidung über die Delegation liegt sohin bei dem jeweiligen Vorgesetzten.

**BMI: Antwortschreiben zum Antrag des FA Steiermark betreffend AHZ Vordernberg – Problemstellungen für Polizeibeamte/innen bei Prognoseentscheidungen durch das BFA**

Den Asylwerbern sollte hinlänglich vermittelt werden, dass aufgrund des Vorliegens einer Prognoseentscheidung des BFA sie grundsätzlich sofort aus dem AHZ zu entlassen wären. Auf Grund bestimmter Umstände ist der Verbleib mit einer ausdrücklichen schriftlichen Einwilligung bzw. der Unterfertigung eines entsprechenden Antrages möglich. Wegen dieser Zustimmung zum freiwilligen verlängerten Verbleib im AHZ, wäre somit jeder Verdacht einer strafrechtlichen oder disziplinären Verantwortung der Kollegenschaft von der Hand zu weisen.

**BMI: Antwortschreiben zum Antrag der Fraktion AUF-FEG im ZA betreffend umgehender Verhandlungen mit dem BM.I betreffend Befreiung der Polizisten und – innen von artfremden Tätigkeiten, Mehrdienstleistungen, Schutzausrüstung, Einsatzversorgung, Zuteilungen, Zuteilungsgebühren und Psychologische Betreuung**

1.) Auf Grund einer Gesetzesänderung und dem Umstand, dass Asylwerber nicht mehr zwingend zu einer Erstaufnahmestelle vorzuführen sind und nunmehr auch die Möglichkeit besteht, dass diese selber kostenlos in ein Verteilerquartier anreisen, wurde die Exekutive betreffend Transporte spürbar entlastet. Auch die IFA Vor- und Vollerfassung im PAD, im Betrieb seit 13.01.2016, hat zur Erleichterung beigetragen.

2.) Es gibt derzeit keine Reduzierung bei Mehrdienstleistungen, die Kontingente für das laufende Jahr wurden gegenüber 2015 sogar erheblich angehoben.

3.) Einer Entscheidungsfreiheit ob MDL finanziell oder durch Freizeit abgegolten werden, kann nicht entsprochen werden, da zur Begründung einer monatlichen Abrechnung gegenüber dem Bundeskanzleramt damit argumentiert wurde, dass der Großteil der Überstunden auf Grund dienstbetrieblicher Notwendigkeit nicht durch Freizeit ausgeglichen werden kann.

4.) Betreffend Steuerfreiheit für angeordnete Überstunden bzw. Aufhebung der Reduzierung der Zuteilungsgebühren ab dem 2. Monat bedürfen Gesetzesänderungen und kann deshalb diesen Forderungen nicht entsprochen werden.

5.) Bei Großeinsätzen bei denen Bedienstete aus verschiedenen Dienstsyste men zusammengezogen werden, obliegt die Festlegung des Dienstsyste ms dem Dienstgeber, wobei die vorgeschriebenen Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit einzuhalten sind.

6.) Bezüglich dem Ankauf von Stichschutzwesten und Unterziehschutzwesten wurde auf Grund wiederkehrender Anträge eine Arbeitsgruppe im BM.I eingerichtet. Für das Budgetjahr 2016 ist die Beschaffung von 4.7000 Stück LED-Lenser P7 Taschenlampen geplant und betreffend einem Sicherheitsholster werden derzeit Erhebungen durch das Referat IV/1/c

durchgeführt.

7.) Zur Reduktion der Zuteilungen auf 1 Monat im Falle von Zwangskommandierungen wird darauf hingewiesen, dass der Austausch der entsandten Kontingente den jeweiligen Dienstbehörden obliegt.

8.) Der Psychologische Dienst im BM.I bietet zahlreiche – auch präventiv gelagerte – Möglichkeiten an, psychische Beanspruchungen für Ressortbedienstete zu bewältigen. z. B.: Peer Support. Interventionen beruhen jedoch immer auf freiwilliger Basis.

**BMI: Antwortschreiben zum Antrag des FA Oberösterreich betreffend Zuteilung zur LPD Burgenland**

Die Dienstzuteilungen zur Grenzsicherung im Bereich der LPD Burgenland wurden geprüft und dahingehend abgeändert, dass bei weiteren derartigen Personalmaßnahmen nicht nur eine dementsprechend lange Vorlaufzeit sondern auch eine entsprechende Rotation der eingesetzten Kräfte vorgesehen wurde.

**BMI: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss Oberösterreich betreffend Zuweisung eines 3. Schutzanzuges für EB der Einsatzeinheit Oberösterreich**

Grundsätzlich wurde bislang mit 2 EE-Schutzanzügen das Auslangen gefunden. Allenfalls während der Flüchtlingskrise 2015 aufgetretene vereinzelt Problemfälle rechtfertigen im Hinblick auf den erforderlichen sparsamen und zweckmäßigen Ressourcenumgang die Zuweisung eines 3. Schutzanzuges nicht.

**BMI: Antwortschreiben zum Antrag des Fachausschuss Salzburg auf Ausrüstung der Blaulichtbalken „neu“ mit Suchscheinwerfern**

Die neuen LED-Blaulichtbalken wurden von Dezember 2014 bis Mai 2015 an den Fahrzeugmodellen VW Touran und Skoda Octavia mit einem positiven Ergebnis erprobt und werden auf Grund dieses Ergebnisses verwendet. Eine Auf- bzw. Umrüstung mit „Suchscheinwerfern“ ist deshalb nicht vorgesehen.

**BMI: Antwortschreiben zum Antrag des FA Kärnten auf Fortzahlung der Zuteilungsgebühren über das 6. Monat hinaus für Zuteilungen für den Grenzkontrolldienst analog der Sondereinheiten**

Gemäß Erlass GZ: BMI-PA1000/1805-I/1/e/2015 sind Zuteilungen zu Schwerpunktdienststellen/Dienststellen für die Bearbeitung von Amtshandlungen aufgrund der derzeitigen akuten Migrationslage unter dem § 22 Abs. 8 RGV zu subsumieren und der Anspruch auf Zuteilungsgebühren/-zuschuss bleibt somit über die Frist von 180 Tagen hinaus erhalten. Diese Klarstellung ist gegenüber der LPD Kärnten durch das BMI bereits erfolgt.

---

Seit der letzten ordentlichen Sitzung wurden vom Zentralausschuss insgesamt 342 eingehende Schriftstücke behandelt.

---

Mit kollegialen Grüßen

**Reinhard ZIMMERMANN**  
Vorsitzender

**Hermann WALLY**  
Vorsitzender Stv.

**Dietmar HEBENSTREIT**  
Vorsitzender Stv.

